

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1901

22.11.1901 (No. 319)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 22. November.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.

Nr. 319.

Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Selber frei.
Unverlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsexemplare werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1901.

Bayern und das Reich.

München, 20. November.

Die Generaldebatte, welche von der Kammer der Abgeordneten an die Nachweisungen zum Etat des Ministeriums des Äußern geknüpft wurde und ihren Höhepunkt in den Darlegungen der Minister Graf v. Craillsheim und Herr v. Niedel fand, hat im ganzen Reich großes und berechtigtes Interesse erregt. Drei ungemein wichtige Punkte bildeten den Inhalt der Diskussion: die innere Finanzlage, die finanziellen Beziehungen Bayerns zum Reich und damit die Frage der Reichsfinanzreform, endlich die Politik der bayerischen Regierung im Verhältnis zum Deutschen Reich, wobei von konservativer Seite auch eine Exkursion in das Gebiet der auswärtigen Politik des Reiches unternommen wurde. Ueber die finanzielle Lage Bayerns ist zunächst zu sagen, daß weder der Pessimismus, wie er aus den Worten des Centrumsredners Dr. Nähler erklang, noch der Optimismus des liberalen Führers Wagner am Platze ist. Des letzteren Theorie über die Möglichkeit der Verwendung von Ueberschüssen mußte Freiherr von Niedel als haltlos zurückweisen. Im übrigen erklärte er, daß die Hoffnung auf Vermehrung und Steigerung einzelner Einnahmen in der seit Jahren üblichen Weise heute geschrumpft und die Herabsetzung des Einnahmebudgets um etwa 5 200 000 M. geboten ist. Die Finanzlage erhält jedoch dadurch keineswegs eine derartige Gestaltung, daß dringliche Bedürfnisse unerfüllt bleiben müßten. Von den Positionen, welche die Einnahmen ungünstig beeinflussen, möchten wir hier die Pfälzischen Eisenbahnen anführen, weil seiner Zeit unsere Mittheilung über die Nothwendigkeit eines Zuschusses überhaupt bestritten wurde. Nun muß derselbe statt der bereits vorgesehenen 400 000 M. auf 700 000 M. erhöht werden!

Die zum Theil bereits festgelegten Ueberschüsse des Jahres 1900 betragen 17 Millionen. Inwiefern wird der noch verfügbare Rest zur Deckung des Mehrbedarfs für Matrikularunterlagen reichen. Damit sind wir bei dem zweiten Punkte der Debatte angelangt. Die Mittheilung des Finanzministers, daß die Zeitungsmeldungen über die Höhe des Fehlbetrages im Reichsbudget weit übertrieben sind und noch hinter der vom Staatssekretär des Reichsschatzamt angegebene Summe zurückbleiben dürften, wird unter den gegebenen Verhältnissen allgemein befriedigen, nicht minder die Versicherung, daß sämmtliche Bundesstaaten ernstlich bemüht sind, Mehrbelastungen möglichst fernzuhalten.

Die Aeußerungen des Abg. Dr. Nähler ließen einige Hoffnung aufkommen, daß wenigstens das bayerische Centrum sich der Nothwendigkeit einer Reichsfinanzreform nicht mehr absolut verschließen und selbst der Abg. v. Bollmar gab die Unhaltbarkeit des jetzigen Zustandes zu. Der Finanzminister legte abermals die Nothwendigkeit einer Reform dar und betonte, daß man hierfür eine Form finden müsse, in welcher das Budgetrecht des Reichstags ausgiebig gewahrt wird. Gegenüber der großen Werthschätzung der Matrikularbeiträge durch das Centrum, konnte er darauf verweisen, daß die schließliche Festsetzung der Matrikularschuldigkeit bisher als bloßes Rechenexempel behandelt wurde. Der Reichstag hat bereits den Grundsatz, daß die Matrikularbeiträge die Ueberschüsse nicht übersteigen sollen, gebilligt und thatsächlich durchgeführt. Es ist nicht abzusehen, wie die gesetzliche Festlegung dieses Grundsatzes das Bewilligungsrecht des Reichstags alteriren sollte, besonders, wenn Matrikularbeiträge in beträchtlicher Höhe fortbestehen. Dem Verlangen v. Bollmars nach einer Reichseinkommensteuer konnte ironisch entgegengehalten werden, daß es sich mit seinem sonst starken partikularistischen Gesühle schlecht vertrüge. In eindringlicher Weise zeigte aber der Minister auch, daß eine Reichseinkommensteuer die Nothwendigkeit für die Einzelstaaten mit sich brächte, ihr ganzes direktes Steuersystem nach einer ihnen von außen diktierten Schablone umzuwandeln und daß sie überdies das letzte Mittel zur Ordnung ihrer Verhältnisse nach eigener Meinung theilweise verlieren würden.

Auf die Vorwürfe v. Bollmars über die Finanzgebarung des Reiches und die Haltung der bayerischen Regierung konnte der Minister, was jeder Sachkundige weiß, versichern, daß in Berlin auf die Wünsche und Interessen Bayerns stets große Rücksicht genommen worden sei und daß solche Erfolge nur eine Regierung erzielen kann, die bei aller Fähigkeit in der Festhaltung berechtigter Sonderinteressen eifrig und treu am Wohle des Reiches mitarbeitet.

In wirkungsvoller Weise beleuchtete sodann Ministerpräsident Graf Craillsheim die gut bayerische und gut deutsche Politik der Regierung und mit Leichtigkeit löste er die „ollen Kamellen“ des Herrn v. Bollmar über „die kraftlose Haltung Bayerns gegenüber Preußen und der Reichsleitung“ in ihr Nichts auf, gleichzeitig dabei hervorhebend und nachweisend, daß Bayern gegenüber die größte Loyalität beachtet wird. Der Minister wies ebenso die Vorwürfe über „die Fiskalbewegung des gegenwärtigen Kurzes“ zurück und betonte die Nothwendigkeit einer Weltmachtspolitik bis zu einem gewissen Grade und damit im Zusammenhange einer bedeutenden Flotte. Nicht minder treffend war die Verteidigung der deutschen Politik im südafrikanischen Kriege. Bei allen Sympathien für die Buren wird doch kein Deutscher, der sein Vaterland liebt, etwas Anderes als die strengste Neutralität für denkbar gehalten haben und halten. Mit echt patriotischer Wärme endlich gedachte Graf Craillsheim der Verhältnisse Bayerns zum Reich und seiner starken, geachteten Stellung innerhalb desselben. Bayern, das war das Leitmotiv, hat allen Grund zur Freude, dem Deutschen Reich anzugehören. Auf der andern Seite läßt Graf Craillsheim keinen Zweifel darüber, daß die Regierung auch fernhin die Rechte Bayerns im Reich mit fester Hand wahren werde.

Zu diesem Resumee seien einige Bemerkungen gestattet. Die Ausführungen der beiden bayerischen Minister haben auch in der norddeutschen Presse großen Beifall gefunden. Ueber die Stellung Bayerns zum Reich konnten und wollten sie indessen nichts Neues sagen, sondern nur längst feststehende Thatsachen bekräftigen. Bayern fühlt sich unzertrennbar mit dem Reich verbunden, es steht und fällt mit ihm, und die nationalen Impulse seiner Regierung sind nicht minder stark als die eines anderen Bundesstaates. Die Reichsfreundlichkeit und Reichsfreudigkeit läßt sich nicht nach der Aufgabe von Rechten bemessen. In fester, freudiger Treue zum Reich ist aber die bayerische Regierung auch fest entschlossen, an den Reservatrechten, an der föderalistischen Grundlage des Reiches nicht rütteln zu lassen. Darin weiß sie sich mit dem ganzen bayerischen Volke einig: auch die Liberalen und Konservativen haben sich in der besprochenen Debatte wieder ausdrücklich mit dieser Haltung einverstanden erklärt. Die bayerische Regierung wird auch ihren bewährten Weg stetig fortsetzen, unbeirrt durch alle Angriffe, mögen sie nun unitarischer oder von extrem-partikularistischer Seite kommen. Niemand bedauert und verurtheilt mehr als die bayerische Regierung solche Ausbrüche eines unbedingten Partikularismus und unfreundlicher Gesinnung gegen andere Bundesstaaten oder das Reich. Wenn die Debatte eine Besserung in beiden Richtungen bringen könnte, wäre sie von reichem Gewinne gefolgt.

Die Einheitsmarke und die Parteien.

SRK. Stuttgart, 20. November.

Der Streit um den Postmarkenvertrag beherrscht noch immer die öffentliche Erörterung. Das Centrum, die einzige Partei, die die Sache selbst bekämpft, verschärft seinen Widerpruch täglich und scheint sich sogar ernstlich der Hoffnung hinzugeben, die Volkspartei von der Bahn wieder abzubringen, die sie mit dem Antrag Goller betreten hat. Bis jetzt hat dieses Liebeswerben um einen Umfall, der von wahrhaft grotesker Komik wäre, bei der Volkspartei übrigens keinen Widerhall gefunden. Die Gründe, die von der Centripartei in's Feld geführt werden, um zu beweisen, daß das abgeschlossene Uebereinkommen weder dem Antrag Goller entsprechende noch das Postreferatwahrere, sind auch so fadenscheinig, daß jedermann merkt, es sind außerhalb der Sache liegende Gründe, die das Centrum bei seinem Kampf gegen die Einheitsmarke leiten.

Die Volkspartei ihrerseits führt den Streit um die staatsrechtliche bzw. „konstitutionelle“ Seite der Sache weiter. Der Verfassung auf Herrn v. Mittnacht, die sie dabei beliebt, ist der Boden entgiltig entzogen worden durch die Erklärung des früheren Ministerpräsidenten, daß er dem Ausdruck „Verständigung“ (mit dem Landtag) niemals die Bedeutung der Anerkennung eines Zustimmungsvorgangs des Landtags beigelegt habe. Dennoch will man von volksparteilicher Seite wenigstens daran festhalten, daß Herr v. Mittnacht „die Sache anders angefaßt hätte“. Man übersieht dabei geflissentlich die Entwicklung, welche die Sache durch den Antrag Goller genommen hat. Wäre dieser Antrag nicht dazwischen getre-

ten, so wäre es das Natürliche gewesen, daß die Regierung nach Fertigstellung des Vertragsentwurfs, aber vor Abschluß des Abkommens die „Verständigung“ gesucht, dem Landtag Gelegenheit gegeben hätte, sich zu „äußern“. So aber war ja diese Gelegenheit bereits von der führenden Partei im Landtag selbst herbeigeführt worden, die „Neuerung“ war bereits erfolgt in einer so speziellen Debatte, daß der Antrag Goller sogar Amendierungen erfahren hatte, und die „Verständigung“ zwischen der Regierung und der Kammermehrheit war so vollständig, daß beim Abschluß des Vertrags der von allgemeiner Zustimmung der Mehrheit begleitete Antrag Goller Punkt für Punkt und bis auf Kleinigkeiten hinaus zur Nichtsnummer genommen werden konnte. Wie will man bei diesem Verlauf der Dinge eine Begründung finden für das Verlangen, die Regierung hätte jetzt noch einmal und jetzt erst die rechte „Verständigung“ herbeiführen sollen? Uebrigens lag es am 18. Mai durchaus in der Hand der Kammer, einen anderen modus procedendi herbeizuführen. Der Ministerpräsident hatte damals vor der Begründung des Antrags Goller das Wort ergriffen und seine Mittheilung, daß Verhandlungen mit der Reichspost im Gange seien, mit der Erklärung geschlossen: „Ich habe nun vollständig Ihrem Ermessen anheimzugeben, welche Folge Sie den von mir gemachten Mittheilungen für die weitere Behandlung des Antrags zu theil werden lassen wollen.“ Das war eine nicht mißzuverstehende Andeutung, daß sich am Ende eine Verschiebung der Diskussion bis zum Abschluß der Verhandlungen empfehlen dürfte. Ein solches Aufsparen der Erörterung wäre auch nach der Natur der Sache sehr nahegelegen, der Abg. Goller wollte aber auf die Begründung seines Antrages nicht verzichten und das Haus entschied sich mit seinem Vicepräsidenten, der damals den Vorsitz führte, dahin, „daß es sich vom Standpunkt der Kammer aus doch empfehle, nähere Stellung zu dem Antrag zu nehmen“. Also, es war die Kammer selbst und speziell die Volkspartei, die durch das von ihr beliebte Vorgehen es herbeigeführt hat, daß die Sache „nicht anders angefaßt“ werden konnte, als es von Seiten der Regierung ganz folgerichtig und konstitutionell geschehen ist.

XX. Plenarsitzung der Badischen Historischen Kommission.

Am 15. und 16. November d. J. fand in Karlsruhe die XX. Plenarsitzung der Badischen Historischen Kommission statt. Der selben wohnten 14 ordentliche und 6 außerordentliche Mitglieder bei. Als Vertreter der Groß-Regierung waren gegen den Präsidenten des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts, Staatsrath Freiherr von Dusch und die Ministerialräthe Dr. Böhm und Seubert. Da die Kommission im Jahre 1901 ihren Vorstand, Geh. Hofrath Dr. Erdmannsdörfer, der am 1. März d. J. verstorben ist, verloren hatte, so führte — nach der Vorschrift des Statuts — bei der diesjährigen Sitzung der Sekretär, Geh. Rath Dr. von Weich, den Vorsitz.

In dankbarer Verehrung und Anerkennung der großen Verdienste des Herrn Staatsministers a. D. Dr. Koll um die Gründung der Kommission und durch langjährige Förderung ihrer Arbeiten und um seine Erzellens in dauernder Verbindung mit derselben zu erhalten, hat die Plenarsitzung beschlossen, ihm das Ehrenpräsidium der Badischen Historischen Kommission anzutragen, welches seine Erzellens durch Schreiben vom 18. November d. J. anzunehmen sich bereit erklärte. Von den Regesten der Bischöfe von Konstanz wurde im Berichtsjahr die 4. Lieferung des II. Bandes bearbeitet von Privatdozent Dr. Cartellieri, ausgegeben; die 5. (Schluß-) Lieferung wird im Laufe des nächsten Jahres folgen. An Stelle von Dr. Eggers, der zum 1. April d. J. in den preussischen Archivdienst berufen wurde, trat am 17. März d. J. Dr. A. Nieder als Hilfsarbeiter ein. — Von den Regesten der Markgrafen von Baden und Sachberg sind die beiden ersten Lieferungen des II. Bandes erschienen; für den III. Band hat Prof. Dr. Witte die beiden ersten Lieferungen im Manuscripte fertig gestellt. Reichs Ausbeute gewährten wiederum Witte's archivalische Reisen in Deutschland und Oesterreich. — Die Regesten der Pfalzgrafen am Rhein wird Dr. Sillib unter Leitung von Prof. Dr. Wille weiterführen. — Von den Ober-rheinischen Stadtrechten wird das von Dr. Boehme unter Leitung von Geh. Rath Prof. Dr. Schröder bearbeitete 6. Heft der fränkischen Abtheilung voraussichtlich im Jahre 1902 erscheinen. In der schwäbischen Abtheilung sind die Vorarbeiten erheblich gefördert worden. Von den gleichfalls einen Bestandtheil dieser Sammlung bildenden Elsäzischen Stadtrechten wird das von Dr. Geyh bearbeitete Stadtrecht von Schleisstadt demnächst ausgegeben werden. — Von der Politischen Korrespondenz Karl Friedrichs von Baden ist der von Archivath Dr. Ober Friedrichs V. (Schluß-) Band erschienen; die Bearbeitung eines Nachtragsbandes ist in Aussicht genommen. — Für die Herausgabe der Korrespondenz des Fürstbistums Martin Gersbert von St. Blasien waren, wie bisher, Geh. Rath Dr. von Weich und Archivath Dr. Brunner thätig. — Von dem topographischen Wörterbuch hofft Archivath Dr. Krieger bis zur nächsten Plenarsitzung den

ersten Halbband der 2. Auflage druckfertig vorlegen zu können. — Den 2. Band der Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwaldes hofft Prof. Dr. Gothein im Laufe des nächsten Jahres zum Abschluß zu bringen. — Der Geschichte der badischen Verwaltung wird sich Privatdozent Dr. Ludwig in Straßburg, der Geschichte der rheinischen Pfalz Prof. Dr. Wille auch fernertun widmen. — Von dem Oberbadischen Geschlechterbuch, bearbeitet von Kindler von Knobloch, ist die 3. Lieferung des II. Bandes erschienen; die 4. befindet sich unter der Presse. — Der Druck des 5. Bandes der Badischen Biographien, dessen Herausgeber Geh. Rath Dr. von Weech und Archivrat Dr. Krieger übernommen haben, wird im Laufe des nächsten Jahres beginnen. — Die Sammlung und Zeichnung der Siegel und Wappen der badischen Gemeinden wurde fortgesetzt. Der Reichserbkammer sind für 7 Städte und 219 Landgemeinden neue Siegel und Wappen entworfen. Der Druck des 2. Heftes der Siegel der badischen Städte hat bereits begonnen. — Die Pfleger der Kommission waren unter der Leitung der Oberpfleger Prof. Dr. Noder, Archivrat Dr. Krieger, Prof. Maurer, Prof. Dr. Wille und Stadtarchivar Dr. Albert für die Ordnung und Verzeichnung der Archive von Gemeinden, Pfarreien, Grundherrschaften u. s. w. tätig. Diese Arbeiten nähern sich dem Abschluß. — Von der Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins (Neue Folge) ist der 16. Band unter der Redaktion von Archivrat Dr. Osber in Karlsruhe erschienen; in Verbindung damit wurde Heft 23 der unter Leitung des Sekretärs stehenden Mitteilungen der Badischen Historischen Kommission ausgegeben. — Das Neujahrsblatt für 1901 „Baden zwischen Nekar und Main 1803—1806“ von Dr. R. Albert ist im Januar erschienen; für 1902 hat Dr. E. Hilian eine Ausgabe „Ausgewählter Gedichte“ des badischen Dichters Samuel Friedrich Sauter bearbeitet, die unter der Presse ist. — Von den vom Großh. Statistischen Landesamt bearbeiteten historischen Grundarten des Großherzogtums Baden sind zwei Sektionen bereits fertig gedruckt. Der Abschluß des ganzen Kartenwerks ist im Jahre 1903 zu erwarten. — Mit der Ausarbeitung des alphabetischen Wort- und Sachregisters zu den Bänden 1 bis 39 der Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins sind die Hilfsarbeiter bei der Historischen Kommission und am Großh. General-Landesarchiv Fritz Frankhauser und Dr. Otto Koller beauftragt worden.

Mit der Vertretung der Kommission auf dem im nächsten Frühjahr in Rom stattfindenden Internationalen Kongresse für Geschichtswissenschaften wird Archivrat Dr. Osber betraut. — Die in dieser Plenarsitzung durch die Kommission erfolgten Wahlen unterliegen noch höherer Bestätigung.

Aus dem Vatikan.

Z Rom, 19. November.

Die Ankunft eines montenegrinischen Gesandten, des Grafen Voinovitch, wird im Vatikan mit lebhafter Befriedigung begrüßt. Denn diese offizielle Sendung bedeutet einen Akt von hoher Sympathie und Ergebenheit des Fürsten Nikolaus gegen den Heiligen Stuhl. Schon daß ein schismatischer Hof amtlichen Verkehr mit dem Oberhaupt der katholischen Kirche pflegt, ist für den Vatikan sehr schmeichelhaft. Aber noch mehr, die Sendung des Grafen Voinovitch ist eine förmliche Anerkennung der Gültigkeit der Bulle Slavorum gentem, eine Tatsache, welche die päpstliche Diplomatie zweifellos mit großer Genugthuung begrüßen wird. Zudem der Graf Voinovitch in einem an den Vatikan gerichteten Memoire verlangt, daß die Rechte der montenegrinischen Katholiken auf das Collegium San Geronimo, welches durch Leo XIII. in ein slavisches Seminar umgewandelt worden ist, voll und ganz respektiert werden, erkennt der Montenegrinische Hof, im Gegensatz zu der Auffassung der italienischen Regierung, die neue Bestimmung, welche dieses Kollegium durch die letzte Bulle des Papstes erhalten hat, ebenso an wie Oesterreich.

Man darf wohl mit Bestimmtheit annehmen, daß der Vatikan nicht zögern wird, die legitimen Forderungen Montenegros anzuerkennen. Denn die vielgenannte Note des Osservatore hatte ja schon erklärt, daß ebenso gut wie die italienischen auch die kroatischen und serbischen Katholiken an den Wohlthaten des neu gestalteten Kollegiums Antheil haben sollten. Da die montenegrinischen Katholiken der serbischen Nation angehören, ist zu vermuten, daß der Papst selbst oder der Kardinal Rampolla sich beileben werden, dem Grafen Voinovitch mündlich die beruhigenden Zusicherungen des Osservatore Romano zu bestätigen.

Aber auch abgesehen von der Befriedigung des Vatikan über diese diplomatische Sendung und von seiner nicht zu bezweifelnden Uebereinstimmung mit den montenegrinischen Wünschen, hat der Heilige Stuhl das lebhafteste Interesse an der Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu dem Hofe von Cetinje.

Montenegro ist eine Hauptstütze des Slaventhums in den Balkanländern. Fürst Nikolaus hat den Katholiken seines Landes jederzeit ein großes Wohlwollen bewiesen, und das von ihm mit dem Heiligen Stuhl im Jahre 1887 abgeschlossene Konkordat sichert ihnen ausgedehnte Freiheiten. Der Vatikan seinerseits hat den Katholiken Montenegros ein bedeutendes Zugeständnis gemacht, indem er sie zur Beibehaltung der slavischen Liturgie ermächtigte. Der Heilige Stuhl wird nicht daran denken, die guten Beziehungen zu Montenegro irgendwie zu stören, denn diese passen zu der slavophilen Politik, die der Vatikan seit geraumer Zeit gegenüber den verschiedenen Nationalitäten Oesterreichs und des Balkans befolgt. Insbesondere hat der Kardinal Rampolla jederzeit eine Vorliebe für die Slaven gezeigt und, trotz der Verwandtschaft des Fürsten Nikolaus mit dem italienischen Königshofe, wird man annehmen dürfen, daß Montenegro aus diesen Sympathien Vortheile zu ziehen wissen wird.

Nebenbei bemerkt ist die Wahl des Grafen Voinovitch, eines Mannes von hoher Bildung und gewinnender Persönlichkeit, die glücklichste, die man treffen konnte. Er hat im Vatikan den vortheilhaftesten Eindruck gemacht, was nicht wenig zum vollen Erfolg seiner Mission beitragen wird. Daß man im Quirinal nicht ebenso über diese erfreut ist, ist begreiflich; denn sie bedeutet eine unlängbare Niederlage des italienischen Ministeriums in der San Geronimo-Frage.

Das nur zur Präconisation von Bischöfen bestimmte Konsistorium, das im Dezember stattfinden sollte, scheint endgiltig aufgegeben zu sein, da in der letzten Zeit eine Anzahl von Bischöfen ihre Ernennung durch Breven erhielten. Dagegen spricht man in kirchlichen Kreisen davon, daß das für Juni 1902 in Aussicht genommene Konsistorium, in welchem die neuernannten Kardinäle den Hut erhalten sollen, schon in einer der ersten Monate des nächsten Jahres, vermutlich im März, abgehalten werden wird.

Die Wirtschaftspolitik der Union.

* New-York, 20. Nov. Bei dem Diner der hiesigen Handelskammer, welches gestern hier stattfand, hielt Staatssekretär Hay in Erwiderung eines Toastes auf die amerikanische Diplomatie eine Rede, in welcher er ausführte, die Monroe-Doctrin sei der bindigste Ausdruck für die Rücksicht des Verhaltens Amerika's. Die südamerikanischen Schwesterrepubliken seien vollständig überzeugt von der Aufrichtigkeit der Haltung Amerika's, das ihr Gebiet ebenso wenig begehre, wie es sich gelüsten lasse nach den Bergen des Mondes, und nicht daran denke, ihre Streitigkeiten beizulegen, außer wenn die Parteien dies verlangen. Auf dem allgemeinen Felde der Diplomatie habe die Politik McKinley's völlig flargelegt, daß Amerika bestrebt gewesen ist, mit allen Mächten freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten, daß es sich aber an der Bildung irgendwelcher Gruppen oder Kombinationen nicht beteilige. Die Stellung völliger Unabhängigkeit, fuhr Hay fort, ist nicht unvereinbar mit den Beziehungen, welche nicht allein eine freundschaftliche Haltung, sondern auch ein zusammenwirkendes Vorgehen in sich schließen. Wir behielten die Thatsache stets im Auge, daß wir ein hervorragend friedliebendes Volk sind, daß sich unsere normale Thätigkeit in der Richtung von Handel und Gewerbe bewegt, daß die mächtige Entwicklung unserer Industrie territorial verlangt, daß wir nicht allein unsere jetzigen Märkte festhalten und besetzen, sondern auch unablässig bemüht sein müssen, die Interessen unseres Handels nach jeder möglichen Richtung hin auszuweihen. Aus diesem Grunde unterhandeln wir über Gegenstandsverträge, welche alle im traditionellen Geiste des Schutzes unserer Industrie gehalten und doch für uns wie für unsere Nachbarn wechselseitig vorthellhaft sind. Im gleichen Geiste suchten wir mit Europa die Mächte zu veranlassen, sich zur Anerkennung des allgemeinen Grundsatzes der Gleichheit des Zutritts und der Gelegenheit für den Handel auf den Märkten des Ostens zu vereinigen. Wir meinen freie Bahn, nicht Bevorzugung, ist alles, was wir fordern, mit weniger können wir nicht zufrieden sein. Wenn wir die Versicherungen, die wir erhielten, als ehrlich und aufrichtig annehmen, wie ich es gewiß thue, dann soll uns diese Gelegenheit nicht verweigert werden. Wir sehen unsere Interessen im Stillen Meere als so groß an, wie die irgend einer anderen Macht, und zu unbegrenzter Entwicklung bestimmt. Die Kanal durch den Stillen Ocean und der Isthmische Kanal sind für den Gebrauch aller wohlgesinnten Völker, aber im ausschließlichen Eigenthum und unter der ausschließlichen Kontrolle Amerika's. Staatssekretär Hay schloß, Präsident Roosevelt ist ebenjowenig im Stande, branabastierend gegenüber einer starken Macht aufzutreten, als einer schwachen Unrecht zu thun. Er weiß, daß unsere Nation eine Mieskraft in Kriegsthaten, wie in Friedenswerken hat, aber dieses Bewußtsein der Stärke führt nicht zur Verjuchung, irgend eine Macht, sei es die stolze oder bescheidenste, zu verlegen. Wir bekennen freimüthig, daß wir Freundschaft mit allen Mächten suchen und den Handelsverkehr mit allen Völkern wünschen. Wir sind uns unserer großen Hilfsquellen bewußt, aber keine Ueberfülle von Kraft wird uns jemals veranlassen, gegen eine andere Nation schroff aufzutreten, weil sie schwach ist, noch wird uns irgendwelche Jurist vor unedler Kritik in die Verjuchung bringen, eine Großmacht zu beleidigen oder herauszufordern, weil sie stark ist.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 21. November.

Heute früh traf der Präsident des Evangelischen Oberkirchenraths Geheimrath Dr. Wielandt in Schloß Baden ein und erstattete Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog von halb 11 Uhr an bis nach 1 Uhr Vortrag. Der Präsident kehrte im Laufe des Nachmittags nach Karlsruhe zurück.

** Personenverkehr über die Bodensee-gürtelbahn. Es wird uns mitgetheilt, daß die über Radolfzell — Konstanz — Bodensee lautenden direkten Fahrten und Rundreisefahrten ohne Weiteres auch über die Bahnlinie Radolfzell — Neberlingen — Markdorf — Friedrichshafen Gültigkeit besitzen.

(Großherzogliches Hoftheater.) Die Oper brachte uns am Dienstag Richard Wagner's „Parsifal“ als Vorstellung außer Abonnement in glänzender Ausführung. Ganz besonders entzückte Herr Remond vom Stadttheater in Freiburg, durch eine gefanglich und auch dastellerisch meisterhafte Vertretung des Siegmund, welche ihm einen ganz außer gewöhnlichen Erfolg brachte. Der Wotan des Herrn Roest, vom königlichen Theater in Hannover, ist uns keine neue Erscheinung; auch diesmal kam dieser Partide die vortreffliche Bildung seiner schönen Bassbaritonstimme sehr zu statten, deren edler, mächtiger Klang sich mit rühmendswerther Ausdauer allen Anforderungen aufs Tapferste gewachsen zeigte. Der künstlerische Erfolg, speziell in dieser Rolle, wurde dem Dasteller nicht leicht, nachdem sich darin ehemals Fritz Plant und Anton van Nooy unbergeßlich gemacht haben. Die geistige Auffassung der Wotansgestalt müßte sich allerdings noch zu reiferer Klärung und Vertiefung durchringen; der Wechsel der Gefühle geschieht noch zu jäh und unermittelt, ohne belebende Verschmelzung von innerlich wahrer Empfindung und Ausdruck. Mit der „Frida“ fand sich Fräulein Tompschit im allgemeinen gut ab. Frau Motil's Sieglinde ist längst als eine Musterleistung berühmt. In der Entwicklung ihres reichen Talentes hat Fräulein Föpfer einen bedeutungsvollen Schritt vorwärts gethan, das zeigte ihre vorzügliche gesungene Leistung, und die dramatisch belebte, jugendliche Darstellung der Brunnhilde. Als „Gundling“ löste Herr Keller seine Aufgabe mit glücklichem Gelingen. Dem wirksamen Ensemble der Parsifal hatte sich, für das plöglich erkrankte Fräulein Gloder, Fräulein Föpfer vom Hoftheater in Mannheim zugefügt. Unserm Hoforchester, unter Generalmusikdirektor Motil's genialer Leitung, war bei dem Miesenerwerb wieder die bedeutendste Aufgabe zugefallen, welche höchst ehrenvoll gelöst wurde.

* Für das bevorstehende Bach-Konzert in der neuen Christuskirche, welches hervorragende, hier unbekanntere Werke von Johann Sebastian Bach bringt, gibt sich rege Theilnahme im Publikum kund. Es sieht zu hoffen, daß es möglich sein wird, dieselben Aufführungen weiter zu führen und dadurch das Karlsruher Publikum ein innigeres Bekannntwerden mit den Werken der großen Kirchenmusik zu vermitteln. Die Improperien von Palestrina, welche im Kirchenkonzert am 25. d. M. zur Aufführung gelangen, wurden schon von der Philharmonischen Verein vor Jahren hier zu Gehör gebracht. Die jetzige Aufführung wird sich von der früheren dadurch unterscheiden, daß sie das Werk genau nach der Breitkopf'schen Gesamtausgabe der Werke Palestrinas gibt, während der früheren Aufführung eine Bearbeitung beziehungsweise Vereinfachung zu Grunde gelegt war. Die Improperien sind ein tiefgreifendes wundervolles Werk. Eintrittskarten sind bei Dört und Kunz zu haben.

St.A. (Das Ergebniß der Arbeitslosenabzählung in der hiesigen Stadt in der Zeit vom 15. bis 18. November d. J.) Zum Zwecke der Feststellung der arbeitslosen Personen in der hiesigen Stadt wurden in der Zeit vom 15. bis 18. November in den Vereinslokalen der hiesigen Arbeiterverbände und auf dem Geschäftszimmer der Anstalt für Arbeitsnachweis, im ganzen an zehn verschiedenen Orten, Listen aufgelegt, in die die Arbeitslosen sich einzutragen konnten. Zugleich wurden dieselben durch eine bürgermeisteramtliche Bekanntmachung wiederholt zur Enttragung aufgefordert. Das Ergebniß der so veranstalteten Arbeitslosenabzählung ist nun folgendes: In die Listen haben sich im ganzen 468 männliche Personen eingetragen, weibliche Arbeitslose haben sich nicht gemeldet. Von den Eingetragenen hatten ihren Wohnsitz hier 458, außerhalb Karlsruhe's 10. Die Zahl der Arbeitslosen in der hiesigen Stadt bezifferte sich also auf 458 Köpfe. Von diesen waren alt unter 20 Jahren 57, 20 bis unter 30 Jahre 165, 30 bis unter 40 Jahre 111, 40 bis unter 50 Jahre 72, 50 bis unter 60 Jahre 40, 60 bis unter 70 Jahre 12. Es befanden sich darunter 206 ledige, 230 verheiratete, 16 betriwvete Personen. Hier wohnhaft waren seit 2 Jahren und länger 358, kürzere Zeit 97. Gelehrte Arbeiter waren unter ihnen 290, ungelernete 168; Organisirte, d. h. einem Arbeiterverband angehörige, 66, nicht organisirte 391. Von den Arbeitslosen waren zuletzt beschäftigt hier 385, auswärtig 68. Die Arbeitslosigkeit dauerte bei 68 von ihnen weniger als eine Woche, bei 117 1 Woche bis unter 4 Wochen, bei 141 4 bis unter 8 Wochen, bei 46 8 bis unter 12 Wochen, bei 72 12 Wochen und länger. Ihre Bereitwilligkeit zur Uebnahme von Nothstandsarbeiten erklärten 411 Personen, während 48 sich anderweitig Beschäftigung suchen wollen. Zählt man die ermittelten Arbeiter mit gemeinlicher Vorbildung, die sogenannten gelehrten Arbeiter, nach ihrem Beruf, so waren arbeitslos: 37 Maurer, 10 Steinbauer und Steinmetzen, 2 Bildhauer, 12 Gypser und Gipsarbeiter, 19 Anstreichler, Maler und Radierer, 9 Zimmerleute, 2 Dach- und Schieferdecker, 1 Ziegler, 26 Schreiner und Parkettbodenleger, 10 Dreher und Wagner, 3 Glaser, 10 Sattler und Tapeziere, 56 Schlosser, Monteure, Maschinisten und Feizer, 10 Schmiede, 15 Flechner, Installateure und Mechaniker, 15 Eisenbrecher, 3 Formner, 2 Gießer, 12 Buchdrucker, Schriftsetzer und Holzschneider, 2 Buchbinder, 1 Goldschmied, 2 Gärtner, 4 Müller, Bäcker und Konditoren, 4 Metzger, 4 Bierbrauer und Küfer, 5 Schuhmacher, 5 Schneider, 2 Friseur, 1 Kellner, 2 Bautechniker, 1 Elektrotechniker, 7 Kaufleute, 1 Beamter. Zu obigen fei noch bemerkt, daß infolge lüdenhafter Enttragung in die Listen die entzifferten Gesamtsomme der Arbeitslosen übereinstimmen.

* (Naturwissenschaftlicher Verein.) Die nächste Sitzung findet morgen, Freitag, den 22. November Abends 8½ Uhr im Auditorium für Experimentalphysik der Technischen Hochschule statt. Herr Hofrath Dr. Lehmann wird einen Vortrag über „Elektrische Entladungen, speziell über Elektronen, Kathodenstrahlen und Kanalstrahlen“ halten.

* (Allgemeine Volksbibliothek.) Vom 11. bis 17. November wurden an 602 Besucher 774 Bände ausgeliehen.

* (Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke.) Jüngst tagte hier eine aus allen Landesstellen und von Angehörigen aller Gesellschaftskreise besuchte Versammlung, um über eine wirksame Bekämpfung des leider weitverbreiteten Alkoholmißbrauchs zu beraten. Als notwendig wurde anerkannt die energische Förderung der Ziele des deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke, vor allem durch weitere Ausbreitung und Ausgestaltung des auch in Baden schon bestehenden Landesvereins, welcher einen Zweig des erstgenannten bildet. Zu diesem Zweck hat sich unter dem Vorhitz des Großherzoglichen Inspektors Dr. Fuhs ein Aktionscomité gebildet, dem Ärzte, Geistliche beider Konfessionen, Beamte, Industrielle, Arbeiter aller Richtungen und Frauen beigetreten sind. Der Zweck des Vereins ist die Bekämpfung des Mißbrauchs geistiger Getränke. Seine Aufgabe sucht er zu erreichen durch belehrende Vorträge, Verbreitung von Schriften, Anregung und Förderung von Einrichtungen, welche dem Alkoholmißbrauch entgegenwirken, Einwirkung auf die Gestaltung der Gesetzgebung und Handhabung der Verwaltung. Außer dem seit längerer Zeit und mit Erfolg wirkenden Bezirksverein in Heidelberg ist im Oktober ein solcher in Karlsruhe und neuerdings ein Bezirksverein in Pforzheim ins Leben getreten. In einigen weiteren Städten sind Bezirksvereine im Entstehen begriffen.

Bretten, 20. Nov. Gestern sollte auf dem hiesigen Rath-
hause das Holzhaus im hiesigen Stadtwalde zur Bürgergabe
im Wege der Versteigerung vergeben werden. Die Holz-
hauer hatten sich zummegeordnet und verlangten 2 M. 30 Pf.
bis 2 M. 80 Pf. für einen Ster oder 25 Wellen. Da diese
Vöhne zu hoch erschienen, stimmte der Gemeinderath der For-
derung nicht zu, da der Holzhauserlohn für einen Bürger in
diesem Falle auf ungefähr 20 M. käme, während auf der andern
Seite ein Holzhauser bei normaler Tagesarbeit ungefähr 6 bis
7 M. verdienen würde. Im Jahre 1880 betrugen die Holz-
hauserlöhne für den Ster nur 95 Pf. und 1900 schon 1 M. 70 Pf.
und für diesen Winter verlangen die Holzhauser, wie oben schon
erwähnt, 2 M. 30 Pf. bis 2 M. 80 Pf.

F. Freiburg, 20. Nov. Gestern fand die dritte und letzte
Immatrikulation für das Wintersemester 1901/02
statt, zu welcher 102 Studierende erschienen waren (10 Theo-
logen, 35 Juristen und Cameralisten, 28 Mediziner und Phar-
maceuten und 29 Angehörige der philosophischen Fakultät).
Nach der provisorischen Feststellung beträgt der gesammte Neu-
zugang 434, die Gesamtanzahl 1314. Zum ersten Mal
ist also die Universität Freiburg auch im Winter in das 14.
Hundert eingetreten. Die der Freiburger Universität in
einem im vergangenen Frühjahr durch mehrere Zeitungen ge-
gangenen Artikel beilegte Bezeichnung „Sommeruniversität“
war demnach nicht ganz angebracht, denn nach der vorjährigen
Winteruniversitätsstatistik (und diese wird eine wesentliche Ver-
schiebung kaum erfahren) waren nur acht Universitäten des
Deutschen Reichs in der Lage, auch im Winter eine die Zahl
1300 übersteigende Frequenz aufzuweisen, die übrigen (12)
blieben unter dieser Schwelle. — Am letzten Montag hielt
der auf Ostern dieses Jahres an die Universität Freiburg be-
rufene Literaturhistoriker Professor Dr. Wörner in der Aula
der Hochschule seine Antrittsvorlesung über „Rariss Ende“. Das
hochinteressante Thema erhielt durch den Redner eine überaus
spannende Behandlung. Es wurde zu weit führen, auf die
Einzelheiten des Vortrags einzugehen. Doch müssen wir eines
Nebenumstandes Erwähnung thun. Wenn auch bei der großen
Zahl der Verehrer unseres größten Dichters der Andrang viel-
leicht ein außerordentlich hoher war, aber auch bei fast allen
sonstigen festlichen Anlässen zeigt sich die Unübersichtlichkeit
als viel zu klein; bei dem in Frage stehenden Anlaß mußten eine
große Zahl Besucher wegen Unzulänglichkeit des Raumes
wieder weggehen. Angesichts der immer steigenden Frequenz
der Universität ist in dieser Beziehung Abhilfe dringend ge-
boten, denn das ist ein unwürdiger Zustand.

Freiburg, 20. Nov. Der Verband badiischer Gan-
delsgärtner hielt hier anlässlich der Herbstversammlung
eine Landesversammlung ab, in welcher eine
Gartenbauausstellung der badiischen Handelsgärtner in Karls-
ruhe anlässlich des Regierungsjubiläums Seiner königlichen
Hoheit des Großherzogs im April nächsten Jahres berathen und
zum Beschluß erhoben wurde. Es wurde zu diesem Zweck ein
Ausflug genahit, welcher die Vorarbeiten bereits in Angriff
genommen hat. — Vor einer großen Jubelstunde sprach ge-
stern Abend Herr Pfarrer Ziegler aus Karlsruhe über das
Thema: „Ein Rettungswerk an den gefährdeten und verlorenen
Töchtern und Frauen unseres Heimatlandes“. Wie für die
Katholiken ein vom katholischen Caritasverband gegründetes
und vortrefflich eingerichtetes und geleitetes Haus „Bethania“
in Heitersheim bei Müllheim besteht, so will der Verein für
evangelische innere Mission bei Bretten ein ähnliches Haus er-
richten, wofür der Platz bereits erworben ist. Die Anstalt ist
für etwa 60 Mädchen berechnet und wird ungefähr 65 000 M.
Kosten erfordern. Der Redner empfahl eine thätigste
Unterstützung dieses segensreichen Unternehmens, für welches
bereits ein Fond von 9500 M. vorhanden ist. Wir zweifeln
nicht, daß in der hiesigen werththätigen evangelischen Gemeinde
das Unternehmen eine rege Förderung finden wird.

Karlsruhe, 21. Nov. Erste öffentliche Sitzung der
Ersten Kammer. Tagesordnung auf Dienstag den
26. November, unmittelbar nach Beendigung der Eröff-
nungsfestlichkeiten:

1. Mittheilungen der Großh. Regierung.
2. Anzeige von Eingaben.
3. Wahl der Sekretäre.
4. Wahl der Kommissionen.

England und Transvaal.

(Telegramme.)

Saag, 20. Nov. Wie das Reutersche Bureau er-
fährt, hat sich der Verwaltungsrath des Schiedsger-
ichtshofes in einer heute Nachmittag abgehaltenen
Sitzung für incompetent erklärt, dem Antrage der
Buren auf Intervention in der südafrikanischen Frage
stattzugeben.

Saag, 21. Nov. Der niederländische Generalkonsul in
Pretoria, Domela Nieuwenhuis, ist gestern hier
eingetroffen.

London, 20. Nov. Der Führer der Liberalen, Campbell
Bannerman, hielt gestern in Plymouth eine Rede, worin er aus-
sagte, der Einfall Jameson's würde nie vorgekommen
sein, wenn eine liberale Regierung am Ruder gewesen wäre.
Er glaube nicht an eine Verschönerung zum Zwecke, die
Engländer aus Südafrika zu vertreiben. Er glaube,
diese Behauptung sei lediglich ein nachträglicher Gedanke,
erfunden zum Zweck, ängstliche Herzen zu beruhigen und das
öffentliche Gewissen in England zum Schweigen zu bringen.
Redner betritt, niemals irgend ein Wort geduldet zu haben, das
von irgend einem noch so feinen Ropye als Ermuthigung der
Buren gedeutet werden könnte. Er habe einzig und allein auf
die Trostheit der Art und Weise hingewiesen, wie die Regierung
die Burenangelegenheit betreibe. Campbell Bannerman erklärte
ferner, es sei keine Hoffnung vorhanden, daß die Gefahr, der
England jetzt gegenüberstehe, beschworen würde, so lange
Chamberlain im Colonialministerium und Mil-
ner in Pretoria verbleibe. Schließlich gab Redner der
Ansiht Ausdruck, daß England die Verpflichtung gehabt habe,
trotz eifriger Fortsetzung des Kampfes die militärische Aktion
andereorts zu begleiten mit der Veröffentlichung annehm-
barer, bestimmter Friedensbedingungen.

London, 21. Nov. Als Dr. Krause gestern vor
dem Volksgericht in Bobstreet erschien, erklärte der
Staatsanwalt, er sei zu dem Schluß gekommen, das
wünschenswerthe Verfahren wäre, wenn der Gefangene
vor dem Centralgerichtshof in Oldbaily abgeurtheilt
werde, anstatt daß er zu der Aburtheilung nach Südafrika
geschickt würde.

London, 21. Nov. Das Kriegsamt soll beabsichtigen,
die Territorialarmee zu vermehren, indem es mehrere neue
Bataillone Miliz in England und Schottland schafft.

London, 21. Nov. Eine heute früh veröffentlichte Ver-
kündigung meldet, daß in einem am 17. November bei

Roodeport stattgefundenen Gefechte, über das bisher noch
nicht berichtet wurde, ein Leutnant und ein Sergeant getödtet
und neun Mann verwundet wurden.

Johannesburg, 21. Nov. Vor kurzem wurde gerüchtheil-
gemeldet, daß De Wet krank bezw. verwundet sei. Nunmehr
ist hier das Gerücht eingegangen, daß De Wet am Leben und bei
guter Gesundheit, aber von keiner großen Anhängers-
schaft begleitet ist.

Neuere Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 21. Nov. Seine Majestät der Kaiser
empfangt gestern den Reichskanzler Grafen v. Bülow
zum Vortrag.

Berlin, 21. Nov. Das Kaiserpaar begab sich
heute früh am Geburtstag der Kaiserin Friedrich
nach dem Mausoleum bei der Friedenskirche in Potsdam.

Berlin, 20. Nov. Der geheime Legationsrath z. D. Pro-
fessor Regidi ist heute gestorben.

Saag, 21. Nov. Es steht nunmehr fest, daß Präsident
Krüger den Winter nicht im Süden Frankreichs zu-
bringen, sondern in Silberjorn verbleiben wird.

Brüssel, 20. Nov. In der Repräsentantenkam-
mer stand heute der Antrag des Abg. Bertrand (Sog.) auf
Abkündigung der Stellvertretung im Militärdienste zur
Verhandlung. Der Ministerpräsident be-
kämpfte den Antrag und ersuchte auch die Mitglieder der
Rechten, die Anhänger der persönlichen Dienstpflicht sind, nicht
für den Antrag zu stimmen, da die Annahme des Antrages von
der Regierung als ein gegen sie gerichtetes Votum angesehen
werden würde. Der Antrag Bertrand wurde mit 83 gegen
64 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt. Auch
der Antrag Lorand auf Aufhebung der Auslösung der
Militärpflichtigen wurde mit 90 gegen 69 Stimmen abgelehnt.

Lemberg, 21. Nov. Infolge der gestrigen Vorgänge in
der Universität, sind die Vorlesungen bis auf Weiteres ein-
gestellt.

Paris, 21. Nov. Die sozialistisch-radikalen Depu-
tirten berathen über die bezüglich des Anleihegesetzes
zu beobachtende Haltung. Es heißt, die Mehrzahl der
Redner erklärte, daß die Gruppe dem Antrage der Budget-
kommission gegen den Regierungsentwurf unterstützen solle.
Es wurde schließlich bestimmt, daß den Mitgliedern der
Gruppe in dieser Sache vollständige Freiheit gelassen
werde.

London, 21. Nov. Sir Frederic Trever, der
Leibarzt des Königs, bemerkte in einer gestern Abend von
ihm gehaltenen Rede, daß Seine Majestät der König
sich niemals einer so ausgezeichneten Gesundheit
erfreute, als gegenwärtig.

Bukarest, 20. Nov. Die Kammern sind für den
28. November einberufen worden.

Lissabon, 20. Nov. Von dem Postdampfer „Atlantique“
ausgeschifft französische Ordensgeistliche wurden
von der Menge mit Steinen empfangen und mußten
sich nach dem Schiffe zurückziehen. Ein Ordensgeistlicher
wurde verletzt. Der Kapitän des Schiffes erhob bei dem
französischen Konsul Einspruch.

New-York, 20. Nov. Ein Telegramm aus Colon
meldet: Die Liberalen haben gestern Colon angegriffen
und nur wenig Widerstand gefunden. Nach einem Straßen-
kampf, der ungefähr 1 1/2 Stunden dauerte wurde die
Stadt genommen. Der Präsekt und 12 Mann sind
gefallen, 30 wurden verwundet. — Der Kommandant
des amerikanischen Kanonenbootes „Machias“ meldet:
Die Landung von 100 amerikanischen Matrosen in
Colon erfolgte auf Ersuchen der Behörden selbst. —
Kapitän Perry von der „Jowa“, die vor Panama liegt,
erhielt Befehl, Mannschaften zu landen, wenn sich das
für die Aufrechterhaltung des Verkehrs als noth-
wendig erweist.

New-York, 20. Nov. Eine Depesche aus Colon meldet über
die dortigen Kämpfe: Die Liberalen hatten 100 Mann unter
General Parino abgehandelt, um Colon anzugreifen. Diese
führten mit der Eisenbahn bis in die Nähe der Stadt und
überstiegen die die Stadt verteidigenden Regierungstruppen.
Beim ersten Zusammenstoß wurde Parino getödtet, darauf
Oberst Barrera das Kommando übernahm. Die Regierung-
struppen waren an Zahl weit geringer. Es kam sofort zum
Nahkampf. Nachdem die einzelnen Führer der Regierung-
truppen theils gefangen, theils gefallen waren, zog sich der
Kampf durch die Straßen bis zum Rathhause hin, welches so-
dann von den Liberalen besetzt wurde. Außer dem Stadt-
präsekte wurde auch der Polizeichef gefangen. Der Kampf
dauerte weniger als drei Stunden. Die Verbindung mit
Panama ist wiederhergestellt. In Panama fand kein Kampf
statt. Barrera hält Colon besetzt und zieht
Verstärkungen heran.

Santiago i. Chile, 21. Nov. Es heißt die
argentinischen Truppen hätten die Demarkations-
linie überschritten und drangen in chilenisches Ge-
biet ein.

Melbourne, 21. Nov. Der Bundesminister für Handel und
Zölle theilte heute dem Bundsparlament mit, daß die
Regierung beabsichtige, alle Kleidungsstücke mit einem Zoll
von 25 Prozent, ad valorem, alle Baumwollen- und
Leinwandwaaren, mit 10 Prozent Zoll zu belegen. Das
Haus hat heute in der Kommissionsberatung den Zoll auf
Zabai auf drei Schillinge drei Pence per Pfund herabgesetzt.

Verschiedenes.

Berlin, 21. Nov. Der Stadtverordnetenaußschuß zur Vor-
berathung der Magistratsvorlage, betreffend die
Umgestaltung der Straße „Unter den Linden“ nahm mit neun
gegen zwei Stimmen das von Seiner Majestät dem Kaiser
genehmigte Projekt an.

Augsburg, 20. Nov. Die „Augsburger Abendz.“ meldet:
Der Herausgeber des „Bayerischen Vaterlands“, Dr. Sigl,
ist durch Gerichtsbeschlus entmündigt worden.

München, 21. Nov. (Telegr.) Ein unter der Führung
Robert Warshawer & Co. stehendes Konjunktur übernahm
von der Stadt München eine vierprozentige Anleihe
im Betrage von 25 Millionen Mark.

Wien, 20. Nov. Der Professor an der hiesigen technischen
Hochschule Eder Madinger ist heute Nachmittag ge-
storben.

Brüssel, 20. Nov. (Telegr.) Die Wälder melden die
Verhaftung von Christian Dramhs und einer Frau, die be-
schuldigt werden, in Mainz im vergangenen September 205 000
Mark gestohlen zu haben oder an dem Diebstahl theilhaftig zu
sein. Die Polizei des Vorortes Schärbed verhaftete einen
Mann namens Klug, der in Sternberg im Jahre 1886 ge-
boren ist und Mitschuldiger an dem Diebstahl Dramhs sein soll.

Madrid, 20. Nov. (Telegr.) Beim Ausleeren von Kar-
tätschen entstand in der Artilleriefabrik in Corunna eine Ex-
plosion, wodurch drei Soldaten getödtet und 17
schwer verletzt wurden.

New-York, 21. Nov. (Telegr.) Einem Telegramm aus Los
Angeles zufolge sind auf der Atchison-Topeka-Santafe-
Eisenbahn in der Nähe der Station Redles zwei Per-
sonenzüge zusammengestoßen. Fünf Wagen gerieten in Brand,
sechs Personen wurden getödtet, sieben tödtlich verletzt. Das
Gepäck wurde vernichtet.

New-York, 20. Nov. Nach einem Telegramm aus Colo-
rado Springs ist dort die Galerie in der Smuggler Union
Goldmine in Brand gerathen. 200 Arbeiter sind in
der Grube eingeschlossen, es gelang ihnen aber, sich
zu retten bis auf etwa 30, von denen angenommen wird,
daß sie umgekommen sind.

Roon-Denkmal!

Unter dem Protektorate
Seiner königlichen Hoheit des Prinzen Albrecht von Preußen,
Regenten des Herzogthums Braunschweig.

Aufruf an das Deutsche Volk!

Am 30. April 1903 werden 100 Jahre seit dem Geburts-
tage Albrecht von Roon's verfloßen sein, und noch jetzt
sein Denkmale die Stadt, in welcher er als Kriegsmilitär
unseres unergelichen, großen Kaisers für das Wohl Deutsch-
lands und Preußens unermüdet geschaffet und gearbeitet hat.
Verdankt doch, nächst dem Kriegsherrn selbst, das Vaterland
ihm und seiner nie rastenden Thätigkeit das gewaltige Rüstzeug,
welches das Mittel zur Begründung deutscher Einheit und
nationaler Selbstständigkeit geworden ist.

In diesen Tagen, in welchen das Denkmal für den eisernen
Kanzler enthüllt worden ist, in welchen das Heer zu gemein-
samem Streben sich verbunden hat, dem großen Feldherrn an
der Stelle seines Wirkens ein Monument zu errichten, darf
Roon's nicht vergessen werden; es gilt, eine Ehrenpflicht ein-
zulösen, welche das geeinte Deutschland dem Organisator seines
Heeres schuldet.

So mögen denn die Deutschen aus Nord und Süd, ohne Rück-
sicht auf den Standpunkt der Parteien und den Zwiespalt der
Meinungen, den unsterblichen Verdiensten Albrecht von
Roon's Gerechtigkeit widerfahren lassen und den Dank des
Deutschen Volkes durch Errichtung eines seiner vaterländischen
Bedeutung würdigen Denkmals in der Hauptstadt des wieder-
erstandenen Reiches zum lebendigen und dauernden Ausdruck
bringen.

Berlin, den 2. November 1901.

Der geschäftsführende Ausschuß.

Graf von Bülow, Reichskanzler, Vorsitzender.
von Goltz, Staats- und Kriegsminister, Schriftführer.
Hadenstein, Präsident der Seehandlung, Schatzmeister.
Friedrich, Großherzog von Baden,
General der Infanterie, kommandirender General des 8. Armeecorps.
Bernhard, Erbprinz von Sachsen-Meiningen,
General der Infanterie, kommandirender General des 6. Armeecorps.
Zum weiteren Comité gehören aus Baden:
Bassermann, Rechtsanwalt, Reichstagsabgeordneter. von
Brauer, Staatsminister. Dr. Buchenberger, Finanzminister.
v. Bülow, kommandirender General. Dissen, Geh. Kom-
merzienrath. Geisler, Ober-Postdirektor. v. Jagemann,
Wirklicher Geheimrath. Frhr. Marschall v. Bieberstein,
Staatsminister. v. Oberhoffer, General der Infanterie,
Generalquartiermeister. Reih, Generalkonsul (Mannheim).
Schumacher, Professor (Strass). Scipio, Kommerzienrath
(Mannheim). Specht, Evangel. Stadtpfarrer (Zell in Baden).
Beiträge werden entgegengenommen bei Herrn Kaiserl. Ober-
postdirektor Geisler im neuen Postgebäude, Kaiserstraße 217,
Mittelportal, Karlsruhe.

Stand der Badischen Bank

am 15. November 1901.

Aktiva.	
Metallbestand	4 368 506 M. 37 Pf.
Reichsschatzschne	18 820 „ — „
Noten anderer Banken	305 000 „ — „
Wechselbestand	12 102 437 „ 18 „
Lombardforderungen	12 824 890 „ — „
Effekten	145 559 „ — „
Sonstige Aktiva	4 045 480 „ 91 „
33 810 693 M. 17 Pf.	
Passiva.	
Grundkapital	9 000 000 M. — Pf.
Reservefond	1 959 107 „ 08 „
Umlaufende Noten	11 783 000 „ — „
Täglich fällige Verbindlichkeiten	10 265 874 „ 37 „
An Rückigungsfrist gebundene Ver- bindlichkeiten	— „ — „
Sonstige Passiva	802 711 „ 72 „
33 810 693 M. 17 Pf.	

Die weiter begebenen, noch nicht fälligen deutschen Wechsel
betragen 323 484 M. 86 Pf.

Die Direktion der Badischen Bank.

Wetterbericht des Centralbureaus für Meteorologie u. Hyd. v. 21. Nov. 1901

Höher Druck befindet sich heute über Südwesteuropa. Während
die Depression, welche gestern über Nordwestrußland gelegen
war, nach Finland gezogen ist, ist eine neue über der Nordsee
erschienen; beide verursachen bis zum Fuß der Alpen herab
trübes, mildes und regnerisches Wetter. Eine wesentliche Ver-
änderung steht nicht in Aussicht.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

November	Barom. mm	Therm. in C.	Abol. in mm	Feuchtig- keit in Proz.	Wind	Witterung
20. Nachts 9 ^u	763.8	7.4	5.7	74	SW	bedeckt 1)
21. Morgs. 7 ^u	752.7	7.8	6.1	75	„	„
21. Mittags 2 ^u	750.4	10.3	5.7	61	„	„

1) Sturm.

Höchste Temperatur am 20. November: 8.1; niedrigste in der
darauffolgenden Nacht: 7.2.
Niederschlagsmenge des 20. November: 0.0 mm.
Wasserstand des Rheins. Max. am 21. Nov.: 3.15 m.
gefallen 3 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kaß in Karlsruhe.

Im Museumssaal.
Mittwoch den 27. November 1901,
Abends 7 1/2 Uhr,
M. Kammermusik-Konzert
 von
Professor Heinrich Ordenstein
 und dem
Meininger Streichquartett.

*
Programm.

1. Streichquartett A-dur op. 18 L. v. Beethoven.
2. Sonate für Klavier und Violine, A-dur César Franck.
Zum ersten Male in Karlsruhe.
3. Streichquartett G-moll J. Haydn.

Der Konzertführer von **Julius Blüthner**, Leipzig, ist aus dem Lager des Herrn **L. Schweigut**, Grossh. Hoflieferant hier.

Eintrittskarten: Saal nummerirt M. 3.—, und nichtnummerirt M. 2.— und Gallerie nummerirt M. 2.—, und nichtnummerirt M. 1.—, sind in der Musikalienhandlung des Herrn **Fr. Doert**, Ritterstrasse und Abends an der Kasse zu haben.

Strassenmateriallieferung.

Die Aufforderung des Schottermaterials für die 1902 und 1903 mit Klingstein oder Rheinwadenklotter zu deckenden und mit der Dampfwalze abzuwählenden Strassenstrecken wird im Wege des schriftlichen Angebotes vergeben.

Es sind zu liefern für das Jahr 1902:

Auf Landstrasse Nr. 1 in Denzlingen	336 cbm Klingstein- oder Rheinwadenklotter
" " " 36 von unterhalb Kollmarstrasse bis über Verch	844 " " "
" " " 86 durch Gutach	384 " " "
" " " 113 zwischen Riegel u. Emdingen	476 " " "
" " " 120 vom Hirschen in Denzlingen bis Bahnhöf	357 " " "

für das Jahr 1903:

Auf Landstrasse Nr. 36 durch Buchholz	832 cbm Klingstein- oder Rheinwadenklotter
" " " 37 zwischen Gumbelzingen und Denzlingen	560 " desgleichen
" " " 113 durch Riegel	560 " " "

Die Angebote auf die einzelnen Strecken sind verschlossen und postfrei mit der Aufschrift „Schotterlieferung“ längstens bis Mittwoch den 4. Dezember d. J., Vormittags 10 Uhr, auf dem Geschäftszimmer der Inspektion einzulegen, woselbst die Bedingungen zur Einsichtnahme sowie Angebotsformulare bereit liegen.

Emmendingen, den 20. November 1901.
Großh. Wasser- und Straßenbau-Inspektion. D 490.1

Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Der Verwaltungsaktuar.

Leitfaden zur Vorbereitung auf die Prüfung der Verwaltungsaktuare

von
 Geh. Oberregierungsrath Freiherr von Bodman.

Preis geb. M. 2.50.

Die Zeitschrift für badische Verwaltung sagt: Nicht nur für junge Leute, welche dem Amtsdienst sich widmen wollen, auch für solche, die in dem Beruf bereits thätig sind, und ebenso für Bezirksverwaltungsbeamte, welche eine zweckentsprechende Aus- und Weiterbildung der ihnen unterstellten jüngeren Arbeitskräfte für den Kanzleienstand sich angelegen sein lassen, wird das Werkchen ein mit besonderem Nutzen zu verwendendes Hilfsmittel sein. Die Zeitschrift für Polizei- und Verwaltungsbeamte: Die Zusammenstellung ist außerordentlich geschickt gemacht.

— Zu beziehen durch jede Buchhandlung. —

Bürgerliche Rechtsstreite.
 Ladung.
 D 402.2. Nr. 40910. Mannheim.
 Der Kaufmann Paul Kettmann zu Detmold, Prozeßbevollmächtigter Justizrath Schmitzer daselbst klagt gegen den Bautechniker Albert Pichert, dessen Aufenthalt unbekannt ist, früher zu Mannheim wohnhaft, aus Kauf eines Fahrrades auf Zahlung von 120 M. nebst 4% Zins vom 1. Dezember 1900 an.
 Der Kläger ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Großh. Amtsgericht zu Mannheim, Abteilung 4, II. Stod, Zimmer Nr. 5 auf
 Donnerstag den 9. Januar 1902, Vormittags 9 Uhr.
 Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.
 Mannheim, den 18. November 1901.
 Christ,
 Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

D 440.1. Nr. 33476. Vörrach.
 Die Vorstuhbank Vörrach, eingetragene Genossenschaft m. unbeschränkter Haftung, vertreten durch Rechtsanwält Böhler daselbst, klagt gegen den Pfälzerer Karl Gang-

loff von Weil, früher daselbst und zur Zeit an unbekanntem Orten abwesend, unter der Behauptung, daß derselbe ihr als Acceptant des am 24. September 1901 zahlbaren und am 26. September 1901 protestirten Wechsels vom 24. Juni 1901 die Summe von 140 M. nebst 6 Proz. Zinsen heraus vom 24. September 1901 an, 1/2 Proz. Provision mit 47 Pf. und 3 M. 30 Pf. Wechselkosten schulde, mit dem Antrage auf kostenfällige, vorläufig vollstreckbare Beurteilung des Beklagten zur Zahlung der genannten Beträge.
 Der kläg. Vertreter ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreites vor das Gr. Amtsgericht Vörrach auf
 Dienstag den 7. Januar 1902, Vormittags 9 Uhr.
 Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.
 Vörrach, den 19. November 1901.
 Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts, Steinmann.

D 421. Nr. 17086. Durlach.
 Ueber das Vermögen der Firma Gebrüder Reuter in Durlach wird heute am 20. November 1901, Vormittags 11 1/2 Uhr, das Konkursverfahren

eröffnet, da die Theilhaber der Firma, die Kaufleute Friedrich und Theodor Reuter dahier, die Zahlungseinstellung der Firma anerkannt und auch die Eröffnung des Konkursverfahrens beantragt haben.
 Der Kaufmann Moritz Mond in Karlsruhe wird zum Konkursverwalter ernannt.
 Konkursforderungen sind bis zum 9. Dezember 1901 bei dem Gerichte anzumelden.
 Es wird Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände sowie zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf
 Montag den 16. Dezember 1901, Vormittags 9 Uhr.
 Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinsschuldner zu veräußern oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 9. Dezember 1901 Anzeige zu machen.
 Durlach, den 20. November 1901.
 Großh. Amtsgericht: Ges. Richter d. d. Dies veröffentlicht der Gerichtsschreiber: Christ.

D 422. Nr. 19896. Donaueschingen.
 Das Konkursverfahren über den Nachlaß des Restaurateurs Josef Burtscher von Döbgingen wird nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben.
 Donaueschingen, 16. November 1901.
 Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Ph. Vassilichner.

D 420. Nr. 40927. Mannheim.
 In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Restaurateurs Louis Bender hier ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf
 Donnerstag den 19. Dezember 1901, Vormittags 10 Uhr,
 vor dem Großh. Amtsgericht hier selbst, 3. Stod, Zimmer Nr. 15, anberaumt.
 Mannheim, den 19. November 1901.
 Christ,
 Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

Zwangs-Versteigerung.
 Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das dahier belegene, im Grundbuche dahier zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Wirths Mathäus Metz zum Schiff dahier eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück am
Dienstag, den 14. Januar 1902, Vormittags 9 Uhr,
 durch das unterzeichnete Notariat — in dessen Diensträumen Amalienstraße 19 — versteigert werden:
 Lagerbuch- und Grundbuchst. Nr. 1634, Flächeninhalt 3 ar 18 qm. Hierauf steht das mit Nr. 54 der Jahrgangstrasse bezeichnete dreiflüßige Wohnhaus mit Hintergebäulichkeiten, einerseits neben L. B. Nr. 1633, andererseits L. B. Nr. 1635 gelegen, gerichtlich geschätzt zu 53000 M.
Dreihunderttausend Mark.
 Der Versteigerungsvermerk ist am 4. Oktober 1901 in das Grundbuch eingetragen worden.
 Die Einsicht der Mittheilungen des Grundbuchamts, sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungsurkunde, ist Jedermann gestattet.
 Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.
 Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Ertheilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.
 Karlsruhe, den 5. November 1901.
Großh. Notariat V als Vollstreckungsgericht.
 Bed.

Zwangsversteigerung.
 Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das dahier belegene, im Grundbuche dahier zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Kaufmanns Gustav August Lehmann dahier eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück am
Donnerstag den 16. Januar 1902, Vormittags 9 Uhr,
 durch das unterzeichnete Notariat in dessen Diensträumen Amalienstraße 19 versteigert werden:
 Lagerbuch- und Grundbuchst. Nr. 3355: Flächeninhalt 2 ar 12 qm. Hierauf steht das mit Nr. 45 der Morgenstraße bezeichnete dreiflüßige Wohnhaus (Gehäuse einerf. L. B. Nr. 3355 a, andererseits L. B. Nr. 3354 b, gerichtlich geschätzt zu 36000 M.
 Der Versteigerungsvermerk ist am 25. September 1901 in das Grundbuch eingetragen worden.
 Die Einsicht der Mittheilungen des Grundbuchamts, sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungsurkunde ist Jedermann gestattet.
 Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.
 Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Ertheilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.
 Karlsruhe, den 12. November 1901.
Großh. Notariat V als Vollstreckungsgericht.
 Bed.

D 442.1. Karlsruhe.
Vergebung einer eisernen Brückenkonstruktion.
 Die Arbeiten zur betriebsfähigen Aufstellung des Eisenwerkes der Drehbrücke über den Indusriebahnen in Mannheim sollen in öffentlicher Wettbewerbsvergabe vergeben werden.
 Die Pläne, Gewichtsberechnungen und Bedingungen liegen auf dem bahntechnischen Bureau der Generaldirektion der badischen Staatsbahnen, Zimmer Nr. 61, vom Mittwoch, den 20. November, zur Einsicht auf; ein Verjaunt der Bedingungen unterlagen findet nicht statt.
 Es Eisengewicht der eigentlichen Brückenkonstruktion beträgt 380000 kg, hierunter sind die Gewichte der zum Drehen und Feststellen der Brücke erforderlichen Theile u. s. f., für welche der Bewerber zugleich mit dem Angebote Entwürfszeichnungen einzureichen hat, nicht inbegriffen.
 Die auf die vollständig betriebsfähige Fertigstellung der Drehbrücke zu stellenden Angebote sind versegelt, portofrei und mit der Aufschrift: „Vergabe des Eisenwerkes der Drehbrücke über den Indusriebahnen in Mannheim“ versehen, bis längstens zum 23. Dezember d. J., Vormittags 10 Uhr, bei diesseitiger Stelle einzulegen, woselbst an dem genannten Tage die Eröffnung der Angebote in Anwesenheit der erschienenen Bewerber stattfinden wird. Die Zuschlagsfrist beträgt 4 Wochen.
 Karlsruhe, den 16. November 1901.
 Großh. Generaldirektion der badischen Staatsbahnen.

D 432. Karlsruhe.
Südwestdeutscher Eisenbahn-Verband.
 Im Ausnahmefall 5 b des Tarifbest. 6 (Verkehr Baden-Main-Karlsruhe) erhält das Artikelvergebot der Abteilung B mit Gültigkeit vom 1. Dezember 1901 folgende ermittelte Festsetzung:
 Gültig für Steine, wie im Spezialtarif III unter Ziffer 1 genannt, ferner Saum- und Bordsteine zur Befestigung von Wegen und Plätzen.
 Karlsruhe, den 19. November 1901.
 Namens der beteiligten Verwaltungen: Großh. Generaldirektion der badischen Staatsbahnen.

D 433. Karlsruhe.
Zwangs-Versteigerung.
 Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das dahier belegene, im Grundbuche dahier zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen der Ehefrau des Wilhelm Döcker, Asphalteur, Karoline geb. Ziegler dahier, eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück am
Samstag den 18. Januar 1902, Vormittags 9 Uhr,
 durch das unterzeichnete Notariat in dessen Diensträumen Amalienstraße 19 versteigert werden:
 Lagerbuch- und Grundbuchst. Nr. 4469, Flächeninhalt 10 ar 84 qm. Hierauf steht das mit Nr. 33/35 der Aßenerstraße bezeichnete dreiflüßige Wohnhaus mit Hintergebäulichkeiten, einerseits neben L. B. Nr. 4470, andererseits neben L. B. Nr. 4467, gerichtlich geschätzt zu 125000 M.
 Der Versteigerungsvermerk ist am 19. August 1901 in das Grundbuch eingetragen worden.
 Die Einsicht der Mittheilungen des Grundbuchamts, sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungsurkunde ist Jedermann gestattet.
 Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.
 Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Ertheilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.
 Karlsruhe, den 12. November 1901.
Großh. Notariat V als Vollstreckungsgericht.
 Bed.

D 437.1. Karlsruhe.
Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.
 Die im 3. Vierteljahr 1901 eingeleiteten Fundstücken und Frachtpäcker, darunter ein altes Fahrrad, ferner eine Partie theils getragener, theils noch nicht getragener Bahnwärterdienstkleider aus braunem Tuch, sowie 19 getragene große Pelzmäntel aus Schaaffeln werden am
Montag, den 2. Dezember 1. J., Vormittags 8 1/2 Uhr und Nachmittags 2 Uhr beginnend, in unserem Versteigerungsraum, Eingang beim Eitlinger Straßensübergang, gegen Baarzahlung öffentlich versteigert.
 Das Fahrrad und die Kleidungsstücke kommen um 10 Uhr Vormittags zum Ausverkauf.
 Bei den noch nicht getragenen Dienstkleidern erbt die Zuschlagserteilung durch Großh. Generaldirektion vorbehalten.
 Karlsruhe, den 20. November 1901.
 Gr. Verwaltung der Eisenbahnmagazine.

D 441. Karlsruhe.
Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.
 Vom 1. Dezember 1901 an ist die bisher nur für die Beförderung einzelner Stücke Kleinvieh eingerichtete Station Ippringen auch für das Ein- und Ausladen von lebenden Thieren in besonderen Wagen eingerichtet.
 Karlsruhe, den 19. November 1901.
 Großh. Generaldirektion.

D 441. Karlsruhe.
Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.
 Die unterzeichnete Verwaltung bedarf für das Jahr 1902, und zwar mit freier Lieferung in die Anstalt auf 1. Februar 1902:
 1200 Kilo weiße Kernseife,
 400 „ gelbe
 Beide Sorten müssen mindestens 60 Prozent Fett säuregehalt haben, einschließlich des Harz, (resp. Harz säure) gehalten, welcher ein Drittel des Gesamtgewichtes an Fettsäure und Harz nicht übersteigen darf; auch darf die gelieferte Seife kein freies Alkali in merklicher Menge enthalten.
 Schriftliche Angebote hierauf sind mit Aufschrift versehen bis
Montag den 2. Dezember 1901, Vormittags 10 Uhr, einzulegen.
 Die Bedingungen liegen auf unserem Verwaltungsbureau zur Einsicht auf.
Großh. Arbeitshaus-Verwaltung
 Kislau. D: 335.2

Bekanntmachung.
 Die Mitglieder des Ehrengerichts der badischen Anwaltskammer sind auf die Dauer von zwei Jahren die Rechtsanwälte:
 Dr. Blum, Karlsruhe, Vorsitzender,
 Dr. Vinz, Karlsruhe, stellvertretender Vorsitzender,
 G. Selb, Mannheim,
 Grumbacher, Karlsruhe,
 Raths, Karlsruhe.
 Zu Ersatzmitgliedern sind in nachstehender Reihenfolge bestimmt die Rechtsanwälte:
 Dr. Friedberg, Karlsruhe,
 Kusel,
 Dr. Fr. Weill, „
 Fischer, „
 Groß, Wforheim,
 Dr. Hagenburg, Mannheim,
 Muser, Effenburg,
 Rutt, Rosbach,
 Sinauer, Freiburg,
 Behre, Konstantz,
 Karlsruhe, den 20. November 1901.
Der Vorstand der badischen Anwaltskammer.
 Der Vorsitzende:
 Dr. Blum. D: 431